

Rede des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello,
zum 67. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953
am 17. Juni 2020 vor dem Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus am Steinplatz

Meine Damen und Herren,

auch an Gedenkveranstaltungen geht die Corona-Krise nicht spurlos vorbei. Umso mehr freue ich mich, dass wir heute hier zusammengekommen sind, um gemeinsam an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zu erinnern. Dafür spreche ich den Initiatoren, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf meinen großen Dank aus.

Und weil die zentrale Veranstaltung der Bundesregierung auf dem Friedhof Seestraße diesmal im digitalen Raum stattfindet, haben wir hier heute am Steinplatz das Privileg, unser Gedenken öffentlich in Worte fassen zu können. Auch darüber bin ich froh.

Dieser Ort gibt mir die Möglichkeit, auf die Gesamtberliner Dimension des Volksaufstandes hinzuweisen. Zwar spielte sich das dramatische Geschehen vor allem im Ostteil Berlins und in anderen Orten der DDR ab. Aber der Westen wurde tangiert und blieb nicht unbeteiligt. Ich erinnere nur an die Hennigsdorfer Stahl- und Bahnarbeiter, die sich am frühen Morgen zu Tausenden aufgemacht hatten, um durch den Arbeiterbezirk Wedding nach Ost-Berlin zu marschieren - die Bilder dieser mutigen und entschlossenen Menschen haben sich tief ins Gedächtnis eingebrannt und bewegen uns noch heute.

Oder ich erinnere an die Bedeutung des RIAS als zuverlässige Informationsquelle für die Menschen in der DDR. Egon Bahr, der damals Chefredakteur des RIAS war, hat berichtet, wie am 16. Juni 1953 eine Abordnung der Streikenden aus der Stalinallee in seinem Büro auftauchte, und ihn bat, für den kommenden Tag zum Generalstreik in der „Zone“ aufzurufen.

Das tat der RIAS zwar nicht, veröffentlichte aber die Forderungen der Streikenden, berichtete intensiv und wurde so für die Aufständischen in Ost-Berlin zur wichtigsten Informationsquelle, während die DDR-Medien weisungsgemäß schwiegen.

Und nach der Niederschlagung des Volksaufstandes wurde das Gedenken in der Bundesrepublik und in West-Berlin gepflegt - durch die Trauerfeier am 23. Juni 1953 vor dem Rathaus Schöneberg mit 125.000 Teilnehmern, durch einen gesetzlichen Feiertag und in West-Berlin durch Erinnerungsorte und Benennungen. Opferinitiativen haben früh und entscheidend dieses Gedenken im Westen mit verankert. Das ist ein historisches Verdienst.

Die wichtigste Frage aber lautet damals wie heute: Für was steht der 17. Juni? Wir können es heute genau benennen: Der 17. Juni war ein Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur. Was mit Protesten gegen Normerhöhungen begann, entwickelte sich über Nacht zu einer Freiheitsbewegung.

Rund eine Million Menschen waren in Ost-Berlin und in mehr als 700 Orten der DDR auf der Straße. Ihre Forderungen wurden immer umfassender: Neben einer Verbesserung der Lebensbedingungen forderten sie das Ende des SED-Regimes, freie, geheime und direkte Wahlen, die Freilassung politischer Gefangener, die Zulassung demokratischer Parteien und die Einheit Deutschlands.

Sowjetische Panzer schlugen den Volksaufstand brutal nieder. Mindestens 55 Menschen wurden getötet, 15.000 wurden verhaftet, rund 1.500 von ihnen verurteilt. Sowjetische Standgerichte erschossen 18 Menschen, zwei wurden von DDR-Gerichten verurteilt und hingerichtet – eine Bilanz, die deutlich zeigt, dass die Machthaber keine Gnade kannten.

Doch verraten diese Zahlen wenig über die Bedeutung des Volksaufstandes. Gerade haben wir daran erinnert, was das Kriegsende vor 75 Jahren für die Menschen in unserem Land und in Europa bedeutete – das Ende einer unmenschlichen Barbarei. Für Anhänger und Mitläufer des Nationalsozialismus und damit für viele Deutsche war es die totale Niederlage. Für deren Opfer und die unterworfenen Völker brachte das Kriegsende die lang ersehnte Befreiung.

Die Hoffnungen auf Frieden, Freiheit und Demokratie jedoch: sie wurden in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten bitter enttäuscht. Die Kommunisten installierten in ihrem Machtbereich ihr System der Unfreiheit und Unterdrückung. Politisch Andersdenkende und Missliebige wurden verfolgt, eingesperrt, getötet - darunter nicht wenige aus den eigenen Reihen und auch solche, die sich bereits Hitler widersetzt hatten.

Acht Jahre nach Kriegsende zeigte der Volksaufstand, dass viele Menschen von der SED-Diktatur genug hatten. Und nicht nur 1953 in der DDR, auch in Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei boten die Menschen den kommunistischen Machthabern immer wieder öffentlich die Stirn.

Der SED wurde durch den Volksaufstand drastisch offenbart, dass viele Menschen gegen sie waren. Die Machthaber reagierten einerseits mit noch mehr Bespitzelung und Unterdrückung. Andererseits sollten soziale Wohltaten und verbesserte Konsummöglichkeiten das Volk ruhigstellen. Nie wieder durfte sich aus Sicht der SED ein 17. Juni wiederholen.

Zugleich war aller Welt am 17. Juni 1953 vor Augen geführt, dass die SED kaum Rückhalt in der Bevölkerung hatte, sondern von sowjetischen Panzern abhing. Als im Herbst 1989 in der DDR erneut Hunderttausende gegen Diktatur und Unterdrückung auf die Straße gingen, da rollten keine sowjetischen Panzer mehr.

Noch wenige Wochen bevor die Mauer fiel, fragte Stasi-Chef Mielke seine hochrangigen Offiziere während einer Dienstbesprechung: „Ist es so, dass Morgen der 17. Juni ausbricht?“ Die Antwort: „Der ist Morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.“

Ein Irrtum, der die ganze Verblendung der kommunistischen Machthaber zeigt.

Der Sturz der SED-Diktatur und der Fall der Mauer wären nicht möglich gewesen ohne die Freiheitsbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Aber am Anfang steht der Volksaufstand von 1953. Die Forderungen der Aufständischen fanden in der Friedlichen Revolution ihre Erfüllung. Umso unverständlicher und enttäuschender, dass der 17. Juni als Feiertag 1990 mit dem Einigungsvertrag abgeschafft wurde.

Wir erinnern uns voller Dankbarkeit an die Männer und Frauen, die in Zeiten des offenen Terrors unter größten Gefahren für ihre Freiheit kämpften. Sie bilden einen Maßstab, an dem wir uns noch heute orientieren können. Wenn beispielsweise Menschen gegen Corona-Beschränkungen mit hochgehaltenem Grundgesetz für ihre Freiheitsrechte demonstrieren und ein demokratisches System als Diktatur diffamieren, dann erscheint dieser Protest maßlos und verblendet. Und doch schützt unsere freiheitliche Grundordnung, das Recht, öffentlich politische Ansichten zu bekunden, mögen diese auch noch so abstrus sein. Von einem geschützten Demonstrationsrecht konnten die Systemkritiker und Aufständischen in der DDR nur träumen.

Ich danke allen Initiativen wie der VOS oder der Vereinigung 17. Juni 1953 dafür, dass sie sich für das Erinnern an den Volksaufstand engagieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Freiheit erkämpft und verteidigt werden muss.

Wir verneigen uns vor den mutigen Frauen und Männern des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.